

AXEL STOMMEL

BASICS DER ÖKONOMIE

Wirtschaftspolitik, Staat und Steuern

Herrschende
Lehren auf dem
Prüfstand

B

BÜCHNER

BASICS DER ÖKONOMIE

Axel Stommel

BASICS DER ÖKONOMIE

Herrschende Lehren auf dem Prüfstand

Band 1: Wirtschaftspolitik, Staat und Steuern



BÜCHNER-VERLAG

Wissenschaft und Kultur

Axel Stommel

BASICS DER ÖKONOMIE

Herrschende Lehren auf dem Prüfstand

Wirtschaftspolitik, Staat und Steuern (Band 1)

ISBN (Print) 978-3-96317-129-1

ISBN (ePDF) 978-3-96317-642-5

Copyright © 2019 BÜCHNER-Verlag eG, Marburg

Satz und Umschlaggestaltung: DeinSatz Marburg

Bildnachweis Umschlag: pixabay.com | Alexas_Fotos (<https://pixabay.com/de/puzzle-letztes-teil-zusammenfuegen-3223941>)

Das Werk, einschließlich all seiner Teile, ist urheberrechtlich durch den Verlag geschützt. Jede Verwertung ist ohne die Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

www.buechner-verlag.de

»Wer nichts weiß, muss alles glauben.«

MARIE VON EBNER-ESCHENBACH

»Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern,
Miete und Versicherungen.
Aber ich kann 'ne Gedichtanalyse schreiben. In 4 Sprachen.«

NAINA K. *auf twitter*

»Ganz viel Mathematik, wenig Wirtschaft.«

Diplom-Ökonom RICARDO M.
im Rückblick auf sein Studium

Inhalt

Vorwort	9
BASIC 1: Schwäbische Hausfrau und Staat Bei wem bestimmen die Einnahmen die Ausgaben? Und bei wem sollte es gerade anders herum sein?	16
BASIC 2: Steuern im Kreislauf der Wirtschaft Sind Steuern »Gift für die Wirtschaft«? Und was stimuliert den Wirtschaftskreislauf?	30
BASIC 3: Sparen, Sparen, Sparen? Ist das die Devise, wenn der Staatshaushalt ins Defizit gerät? Gibt es keine Alternative?	37
BASIC 4: Produktive Unternehmen und Staat Bei wem rentieren sich Kredite? Was rechtfertigt eine Staatsschuldenbremse? – Mit einem Nachtrag zur Attraktivität der Schwarzen Null –	44
EXKURS 4: Ins Quellgebiet zur schuldenbasierten Umverteilung Belasten Staatsschulden künftige Generationen? Was sagen die führenden Köpfe aus Wissenschaft, Politik und Medien dazu?	85
BASIC 5: Die Steuern im Überblick oder: 30 = 100 Eine Magical Mystery Tour durch's Wunderland der Steuern Welche Eindrücke bleiben hängen?	96
BASIC 6: Das Märchen von der Mehrwertsteuer Wer erzählt es? Und für wen wird das Märchen wahr?	105
BASIC 7: Lohn- bzw. Einkommensteuer Warum hält sie nicht, was sie verspricht, nämlich Besteuerung gemäß wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit?	123
BASIC 8: Spitzensteuersatz und Steuersystematik Zahlen Spitzenverdiener den Spitzensteuersatz? Wieso erschwert die gängige Steuersystematik eine sachgerechte Wirtschaftspolitik?	134
BASIC 9: Fiskal- und Lenkungssteuern Wozu dienen Steuern auf Erbschaft und Vermögen? Was hat PLATON vor 2.400 Jahren dazu gesagt? Und was die FDP im Laufe der Zeit?	142

BASIC 10: Steuerkonkurrenz und Steuervollzug Wo kann man Traumrenditen von 1.333 Prozent erzielen, und zwar dauerhaft, legal & steuerfrei? Wo liegen unsere Steuerrreserven? – Mit einem Nachtrag zu aktuellen Haushaltsüberschüssen –	160
BASIC 11: Steuerflucht und Nationalstaat Ist das Kapital ein scheues Reh und der Nationalstaat am Ende? – Mit einem Abstecher in die USA, das Land des unbegrenzten Steuervollzugs –	175
BASIC 12: Konjunkturen und Krisen Warum gerät unsere Wirtschaft immer wieder in Krisen? Wie erklären die maßgeblichen Wirtschaftstheorien den Krisenlauf?	190
BASIC 13: Entwertung, Stagnation und Aufschwung Welche Wege führen wieder aus der Krise heraus? Worin besteht das gängige Konzept der »absterbenden Belegung« und welche Nebenwirkungen weist es auf?	212
BASIC 14: Außenwirtschaft und Währung Überschüsse/Defizite, Wechselkurse, innere Abwertungen: Wie beeinflussen sie die sozioökonomische Entwicklung? – Mit einem Anhang zum Euro: Ist er Kitt oder Dynamit? –	227
BASIC 15: Finanzwirtschaft Welche Sonderregeln herrschen im Finanzsektor? Was macht den Sektor so ungeheuer attraktiv und destruktiv zugleich?	263
BASIC 16: Wirtschaftsprognosen: die ständige Versuchung Was ist vorhersehbar am Konjunktur- und Krisenlauf? Warum ist Präzision reine Illusion – in der Wirtschaft wie beim Wetter?	288
EXKURS 16: Ökonomie und Mathematik – eine problematische Beziehung Wie viel Mathematik braucht der Volkswirt/die Betriebswirtin? Was macht das Wirtschaftsstudium zum Martyrium?	307
BASIC 17: Produktion und Verteilung: eine Zusammenfassung Wieso bestimmen sich die beiden gegenseitig? Und wie kann, wie sollte der Staat die Verhältnisse steuern?	326
EXKURS 17: Zur wissenschaftlichen Sonderstellung der Ökonomie Was macht die Ökonomie zur Exotin im Kreis der Wissenschaften? Warum sind die Nobel-Preise für Ökonomie reiner Etikettenschwindel?	339
Vorausschau auf die folgenden Streckenabschnitte	351
Verzeichnis der Abbildungen	353
Quellenverzeichnis	355
Dank	365

Vorwort

Wirtschaft ist existenziell; sie ist das Gravitationszentrum der Politik. Trotzdem ist das Wissen über Wirtschaftsdinge erstaunlich unterentwickelt. Die Lage der Wirtschaftswissenschaft ist sogar miserabel:

- An den Universitäten werden die Klagen über den »Elfenbeinturm der Wirtschaftswissenschaft« und die »defizitäre wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung« immer lauter; Studierende der Ökonomie protestieren seit Jahren wie in keinem anderen Hochschulbereich gegen die unkritische, realitätsferne Lehre, die ihnen als ökonomische Theorie vorgesetzt wird.¹
- Sogar Vertreter der wissenschaftlichen Ökonomik diagnostizieren gelegentlich selber »ein systematisches Versagen der ökonomischen Zunft.«² Bei solch selbstkritischen Statements handelt es sich allerdings um Ausnahmeerscheinungen; nach einer kurzen Phase der Verunsicherung im Anschluss an die globale Wirtschaftskrise von 2007 ff. dominiert im Kreise der etablierten Standardökonomie wieder ganz eindeutig die Haltung, alle Probleme mit dem Realitätsgehalt und der Akzeptanz der herrschenden Lehre souverän zu ignorieren.
- »Wer braucht noch BWLer?« fragt das Wirtschaftsmagazin »WirtschaftsWoche« besorgt in einer Titelstory, berichtet umfanglich über die tiefe »Sinnkrise« der Betriebswirtschaftslehre und untersucht, »warum Gründer, Manager und Unternehmen am beliebtesten Studienfach der Deutschen zweifeln«. Der Bericht gipfelt in der Feststellung: »Was Betriebswirte heute lernen, können Maschinen bald besser.«³
- An Wirtschaftsschulen und Ausbildungsstätten schließlich fragt man sich: »Woran liegt es, dass weder die Lehrer aus der ökonomischen Lehrbuchwissenschaft noch die Schüler aus ihren Schulbüchern etwas darüber lernen können, *wie die Wirtschaft wirklich funktioniert?*« Mit diesem vielleicht sperrigen, aber ins Schwarze treffenden Titel wurde in der wei-

- test verbreiteten wirtschaftspädagogischen Fachzeitschrift eine Debatte über die allgemeine Ahnungslosigkeit in Wirtschaftsfragen eröffnet.⁴
- 80 % der Bundesbürger schließlich halten die Wissenschaft von der Ökonomie für komplett entbehrlich, da ohne erkennbaren Nutzen. So jedenfalls war es in der vom Deutschen Bundestag herausgegebenen Wochenzeitung »Das Parlament« zu lesen.⁵

Auch wenn sich die dazugehörige Wissenschaft also in einem besorgniserregenden Zustand befindet: Die Ökonomie berührt nicht irgendeinen Randbereich des Lebens. Sondern Wirtschaft prägt unser Leben wie wenig sonst.

Es beginnt schon vor der Geburt. Die Wahrscheinlichkeit, jemals das Licht der Welt zu erblicken, hängt von vielen Faktoren ab. Dazu gehören manche Zufälle, aber auch die wirtschaftliche Lage: In guten Zeiten ist die Wahrscheinlichkeit im Allgemeinen höher als in wirtschaftlich schwierigen Zeiten; sie ist hoch in Ländern, in denen die eigenen Kinder ihre Eltern vor Altersarmut schützen müssen, weil kein leistungsfähiges Sozialversicherungssystem existiert; mit funktionierender Rentenversicherung sinkt sie.

Und die Prägung endet erst mit dem Tode: Reiche leben länger – im Schnitt zurzeit rund zehn Jahre länger als ihre armen Jahrgangskameraden. Dazwischen prägt Wirtschaft das Leben erst recht: Ob wir zuversichtlich in die Welt schauen oder ängstlich und bedrückt, den Bund der Ehe eingehen oder lieber doch noch warten, gemäßigte oder radikale politische Vorstellungen entwickeln sowie entsprechende politische Vereine und Parteien unterstützen oder nicht – das alles wird zu einem erheblichen Teil von der wirtschaftlichen Lage bestimmt, in der wir leben, sowie von den Erwartungen, die wir in den jeweiligen Lagen entwickeln. Insofern gilt WALTER RATHENAU'S WORT: »Wirtschaft ist unser Schicksal«. Weniger pathetisch, im nüchternen, eher rauen Ton der Gegenwart hat US-Präsident BILL CLINTON denselben Sachverhalt bekanntlich wie folgt zur Sprache gebracht: »It's the economy, stupid/Es ist die Wirtschaft, du Dummkopf«.

Statistiker haben diese und ähnliche Zusammenhänge immer wieder in Zahlenreihen erfasst. Berühmte Ökonomen wie KEYNES, SCHUMPETER und andere haben die Zusammenhänge beschrieben und begründet. Besonders eindrucksvoll hat BERTOLT BRECHT sie in seinem »Lied von der belebenden Wirkung des Geldes« besungen. Wirtschaft also prägt uns und unser Leben wie wenig sonst.

Wir alle tun deshalb gut daran, uns ein Basiswissen darüber zu verschaffen, »wie die Wirtschaft funktioniert«. Ohne konkretes, ökonomisches Basiswissen nämlich muss jeder alles glauben, was man ihm zu Wirtschaftsfragen erzählt – Unkundigen kann man leicht einen Bären aufbinden; nie können sie sicher sein, dass man ihnen kein X für ein U vormacht in Fragen, deren Beantwortung für sie und uns alle in der Gesellschaft bedeutend, mitunter sogar entscheidend ist.

Wie aber gelangt man zu einem soliden ökonomischen Basiswissen, wenn schon Hochschulen und Schulen dieses Ziel so regelmäßig verfehlen? Welche Wege kommen in Betracht?

Nicht die ausgetretenen, breiten, klassisch-neoklassischen Wege, jene, die mit Bedürfnis, Knappheit, Preisen beginnen und in Gleichgewichten, den theoretischen, modellierten, enden. Sie führen erwiesenermaßen nicht ans Ziel. Makroökonomisches Terrain mit einer integrierten Betrachtung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik etwa wird von der herrschenden Neoklassik gar nicht erst betreten. Das ist dieser Lehre eine leere Stelle, terra incognita: unbekanntes, streng gemiedenes Land.

Dass sie das Ziel eines soliden ökonomischen Basiswissens verfehlen, gilt jedoch auch für jene dieser Tage erst mühsam wieder freigelegten Pfade, welche der Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen folgen. Gemeint sind die »pluralen«, »heterodoxen« wirtschaftswissenschaftlichen Ansätze, die sich in jüngster Zeit zaghaft und vereinzelt an den Hochschulen als Alternative zur herrschenden Neoklassik entwickeln. Ihre pluralen, teilweise interdisziplinären, heterodox verschlungenen, langen und steilen Pfade können von Fortgeschrittenen mit Gewinn begangen werden. Für Einsteiger, die nach Basiskenntnissen und Erkenntnissen streben, enden sie dagegen allzu oft in den Irrungen und Wirrungen des Unverstands; nicht selten führen sie dazu, das gesamte Erkenntnisfeld von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik fortan wegen erwiesener Undurchdringlichkeit zu meiden.

Die klassische, marxistische Alternative schließlich, der Weg von der Ware als »Keimzelle der Gesellschaft« über Wert, Mehrwert, Profit zu Akkumulation und Krise, ist voller Tücken; nicht wenige von denen, die diesen Weg derzeit überhaupt erkunden, bleiben erfahrungsgemäß in eher philosophischen Rasonnements über die Warengesellschaft, ihre Werte, Preise, Transformationen und Verkehrungen hängen; das Gebiet der Makroökonomie bekommen sie allenfalls noch verschwommen aus der Ferne zu Gesicht.

In Anbetracht dieser Sachlage kamen die Schriftleitung der eingangs erwähnten wirtschaftspädagogischen Zeitschrift und der Autor dieses Buches überein, in einer Beitragsreihe »Basics der Ökonomie – Stationen auf dem Wege zur ökonomischen Alphabetisierung« vorzustellen. Die Serie sollte erfolgversprechende Möglichkeiten jenseits der vorfindlichen Wege zur Diskussion stellen. Schließlich besteht Handlungsbedarf, denn es ist schlicht nicht akzeptabel, dass unsere Jugendlichen in Bezug auf grundlegende ökonomische Kenntnisse und Erkenntnisse ihre Schulen weiterhin durchweg so verlassen, wie sie hereingekommen sind – als »ökonomische Analphabeten« (PIERRE BOURDIEU). Deshalb die Reihe »Basics der Ökonomie« als Angebot an ihre Lehrer.⁶

Bei den Basics handelt es sich um konkrete Fragen zu grundlegenden Aspekten des wirtschaftlichen Alltags und ihre jeweils überschaubare Beantwortung. Ihr Ziel ist es, die Grundstrukturen verständlich zu skizzieren, auf denen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik aufbauen, die sie skelettartig durchziehen und zusammenhalten. Die Basics stellen gewissermaßen Basisstationen zur Erschließung einzelner ökonomischer Gebiete dar. Anders als bei den vorfindlichen, üblicherweise begangenen Wegen liegt der Einstieg in die Basics nicht auf mikroökonomischem, einzelwirtschaftlichem Gebiet, nicht bei Bedürfnissen, Gütern und Preisen, sondern beim Wirtschaftskreislauf. Der hier gewählte Ausgangspunkt liegt demnach auf dem Gebiet der Makroökonomie.

Damit führt der hier eingeschlagene Weg – wiederum im Gegensatz zu den beschriebenen, vorfindlichen – umgehend mitten an die »überaus wichtige makroökonomische Front« (JOSEPH STIGLITZ), dorthin, wo die wirtschaftspolitischen Weichen für die ganze Gesellschaft gestellt werden. Von diesem Ausgangspunkt aus leiten die Basics Station für Station durch wesentliche Gebiete der Ökonomie. Das vorliegende Buch stellt eine überarbeitete und erweiterte Fassung dieser Basics dar; es richtet sich an alle, die an ökonomischen Grundfragen und Grundlagen interessiert sind.

Die Fragen und Analysen der Basics sind durchweg höchst konkret. Sie überlappen sich des Öfteren. Außerdem enthalten sie zahlreiche Vor- und Rückverweise sowie gelegentliche Wiederholungen. Das ist unvermeidlich und hilfreich zugleich, weil Zusammenhänge plastischer erscheinen, wenn sie wiederholt sowie von verschiedenen (Frage-)Stellungen aus betrachtet werden. Das macht sie leichter begreifbar. Zugleich prägen sie sich besser

ein. Zusätzlich können sie sich vernetzen. In ihrer Gesamtheit fügen sich die Basics allmählich mosaikartig zu einem begreifbaren Bild von den Grundelementen und den Grundzügen unserer Wirtschaftsgesellschaft zusammen.

Die gesamten Basics sind in vier Themenkreise/Abschnitte geordnet, die wie folgt nacheinander behandelt werden:

- A – Wirtschaftspolitik, Staat und Steuern,
- B – Umwelt, Kostenwahrheit und Kalkulation,
- C – Wachstum, Unternehmensziele und Preisbildung,
- D – Gehalt, »Lohnnebenkosten« und soziale Sicherung.

Abschnitt A wird im vorliegenden Band behandelt; die Teile B, C und D sind Gegenstand weiterer, in Arbeit befindlicher Ausführungen.

Der Weg beginnt also, wie gesagt, auf makroökonomischem Gebiet, durchstreift im zweiten Abschnitt ökologisches und betriebswirtschaftliches Terrain, führt im dritten in die Mikroökonomie, um im letzten Abschnitt zum makroökonomischen Ausgangsterrain zurückzukehren. Auf allen Abschnitten bieten sich laufend günstige Gelegenheiten, herrschende Lehren genauer zu besichtigen sowie ihre Leistungen kritisch zu überprüfen. Leser, deren Interesse für Wirtschaft und Wirtschaftspolitik über die Basics hinausgeht, finden in den umfangreichen Anmerkungen am Ende der jeweiligen Stationen weiterführende Hinweise und Anregungen. Anders als hier im Vorwort gehen die dortigen Anmerkungen über reine Quellenangaben und Belege hinaus. Damit bilden die Anmerkungen regelmäßig so etwas wie eine weitere, allerdings immer nur punktuell einsehbare Ebene der Analyse.

Zu dem besagten, sich allmählich zusammenfügenden Bild von der gegenwärtigen Wirtschaft bzw. Wirtschaftspolitik gelangt man freilich nur, wenn »man einen Schritt zurücktritt... Es ist ein wenig wie ein Spiel, bei dem die überzeugendsten Argumente gewinnen. Eigentlich wie immer, nur dass dieses Spiel ein paar Etagen tiefer stattfindet. Dort, von wo aus eine Idee, eine Theorie, ein Modell, eine Ideologie ihren Anfang nimmt. Hier ist es noch am einfachsten, Irrwege frühzeitig zu erkennen. Oder eben sich darüber klar zu werden, ob die tradierte Lehrmeinung den Annahmen einer globalisierten, kapitalmobilen industriellen Massenproduktion genügt.«⁷

So jedenfalls hat CHRISTIAN MAYER scharfsinnig die in den *Basics* gewählte Methode beschrieben. Auf der Grundlage seiner langjährigen Erfahrung als Chef-Volkswirt der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Ent-

wicklung (UNCTAD) bemerkt HEINER FLASSBECK ganz allgemein: »Manchmal hilft es, seinen gesunden Menschenverstand zu bemühen, anstatt sich auf die Ratschläge von sogenannten Experten zu verlassen.«⁸

Bei allem gilt selbstverständlich: Über Basics lässt sich streiten wie über alle anderen Erklärungen auch, die auf dem Markt der Ideen angeboten werden. Und das ist gut so. Denn

»[d]as Gleiche läßt uns in Ruhe, aber der Widerspruch ist es,
der uns produktiv macht.«

JOHANN WOLFGANG VON GOETHE

Weiterführende Bemerkungen zum Vorwort

- 1 So berichten z. B. CARLA COBURGER/PATRICK KLÖSEL, Wider das Einheitsdenken – Plädoyer für Pluralismus in der Wirtschaftswissenschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 62. Jahrgang, Nr. 7/2017, S. 99–104.
- 2 Exemplarisch: THOMAS LUX im Handelsblatt vom 6.10.2009.
- 3 Wirtschaftswoche, Nr. 43/2017 vom 14.10.2017.
- 4 Wirtschaft und Erziehung, 68. Jahrgang, Nr. 6/2016, S. 207–214. Verfasser des Artikels ist der Lehrbuchautor PETER ENGELHARDT.
- 5 Das Parlament vom 19.12.2016, S. 14.
- 6 Mit »Lehrern«, »Wirtschaftswissenschaftlern« u. a. sind stets alle Geschlechter gemeint. Ich bin zuversichtlich, den Lesern dieses Buches ständige, ermüdende Umständlichkeiten wie »und den Leserinnen«/»und die Wirtschaftswissenschaftlerinnen« u. a. ersparen zu können, zumal sich die Angehörigen des dritten Geschlechts bei diesen weiterhin unvollständigen Korrektheiten erst recht ausgeschlossen fühlen müssen.
- 7 CHRISTIAN MAYER, Der Wirtschaftslehrer als Dekonstrukteur – Von vernachlässigten Axiomen, Sonderfällen und Widersprüchlichkeiten bei der neoklassischen Angebotsfunktion, auf dem Arbeitsmarkt und bei den komparativen Kostenvorteilen, in: Wirtschaft und Erziehung, Nr. 3/2016, S. 105.
- 8 HEINER FLASSBECK war von 2003 bis 2012 Chefvolkswirt der UNCTAD sowie von 1998 bis 1999 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.

Wirtschaftspolitik, Staat und Steuern

»Und nichts beeinflusst den Wohlstand einer Nation
und ihrer Menschen stärker als die Wirtschaftspolitik.«

JOSEPH STIGLITZ¹

Der vorliegende Band umfasst 17 Basics sowie drei Exkurse. Alle Basics liegen auf dem Gebiet der Makroökonomie; sie befassen sich also mit dem Wirtschaftskreislauf, seinen Schlüsselgrößen und wie man ihn wirtschaftspolitisch steuern und gestalten kann.

Das erste Basic bietet nebenbei die Gelegenheit zu einer ersten orientierenden Vorausschau über weite Teile des gesamten Streckenabschnitts.

Im letzten, dem 17. Basic, fließen die konzentrierten Ergebnisse der vorangehenden Basics zusammen. Sie können dort noch einmal – gewissermaßen im Rückspiegel – betrachtet werden.

¹ JOSEPH STIGLITZ, *Europa spart sich kaputt – Warum die Krisenpolitik gescheitert ist und der Euro einen Neustart braucht*, München 2016, S. 93.

BASIC 1

Die schwäbische Hausfrau und der Staat: Bei wem bestimmen die Einnahmen die Ausgaben? Und bei wem sollte es gerade anders herum sein?

Wer wen bestimmt – und wo

Im Privathaushalt sollen die Einnahmen die Ausgaben bestimmen:

Einnahmen → Ausgaben.

Der Grund: Der Privathaushalt beziehungsweise die schwäbische Hausfrau müssten sich sonst verschulden. Das ist teuer und beschränkt die künftigen Ausgaben.¹

Im Staatshaushalt sollte es genau umgekehrt sein: Die Ausgaben bestimmen die Einnahmen:

Einnahmen ← Ausgaben.

Der Grund: Der Staat muss die öffentlichen Aufgaben auf jeden Fall erfüllen, also gerade auch in schlechten Zeiten – Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und vieles mehr je nach Kassenlage geht nicht, das wäre kontraproduktiv. Wenn es schon wirtschaftlich bergab geht, darf man nicht auch noch Bildung, Sicherheit und Infrastruktur hinterherschicken und dem Wirtschaftskreislauf weitere Mittel entziehen. Ökonomie-Nobelpreisträger JOSEPH STIGLITZ: »Dämpft der Staat die Nachfrage, sinkt die Wirtschaftsleistung – es sei denn, die Lücke wird durch etwas anderes geschlossen. So einfach ist das.«² Wenn es schon bergab geht, gibt es jedoch, vom Staat abgesehen, nichts und niemand, der bereit und in der Lage ist, Nachfragerlücken zu schließen, erst recht nicht die Lücke, die ein Rückzug des Staates zusätzlich aufreißt. Deshalb gilt es – genau umgekehrt –, durch verstärkte staatliche Ausgaben in Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und manches mehr dem Niedergang materiell und finanziell Einhalt zu gebieten und die Wende einzuleiten.

»Wer zu hohe Ausgaben hat, soll einfach weniger ausgeben«: Dieser gern zitierte Lehrsatz der privaten Hauswirtschaft führt folglich nicht aus der ökonomischen Krise heraus, sondern tiefer in die Krise hinein. Er weitet die ökonomische zu einer politisch-ökonomischen Krise aus, macht aus der

Wirtschafts- eine Staats- und Gesellschaftskrise. Das müsste seit der verhängnisvollen Wirtschaftspolitik von Reichskanzler BRÜNING, die dem NS-Regime den Weg bereitet hat, sowie seit KEYNES' Wirtschaftstheorie allgemein bekannt sein; Griechenland und die EU von heute sprechen dieselbe, klare Sprache. Stattdessen muss der Staat gegebenenfalls seine Einnahmen an die Ausgaben anpassen, indem er die, die es zu tragen vermögen, die Vermögenden nämlich, stärker besteuert. Staatliche und private Haushaltsführung unterscheiden sich folglich grundlegend: *Beim Staat bestimmen die Aufgaben die Ausgaben, und die Ausgaben bestimmen seine Einnahmen.* So sollte es jedenfalls sein.

Dass die Ausgaben die Einnahmen bestimmen, gilt beim Staat generell, also keineswegs nur in der Krise, sondern in schlechten wie in guten Zeiten gleichermaßen. Art und Umfang der öffentlichen Aufgaben ihrerseits werden von der Gesellschaft bestimmt. Die öffentlichen Aufgaben wachsen mit zunehmender gesellschaftlicher Komplexität – Schule, z. B., ist erst vor rund 200 Jahren zur öffentlichen Aufgabe geworden, und seitdem ist diese Aufgabe selber beständig gewachsen sowie immer komplexer, letztlich aufwendiger geworden. Mit den Aufgaben wachsen beim Staat folglich im Laufe der Zeit die Ausgaben; in ihrem Gefolge wachsen die Einnahmen, die benötigt werden, um die Aufgaben zu erfüllen.

Armer Staat, reiche Kreditgeber

Tatsächlich wird der deutsche Staat allerdings seit längerem nach Hausfrauenart regiert. »Wir müssen mit dem auskommen, was reinkommt«, verkündet unsere Kanzlerin immer wieder; man »kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Das ist der Kern der Krise.«³ Auf überschießende Ausgaben reagiert unser Staat einseitig mit – obendrein verfehlten – Einsparungen (zum Beispiel bei Bildung, Infrastruktur, öffentlichen Einrichtungen), hilfswise damit, sich das fehlende Geld bei den (gering besteuerten) Vermögenden direkt oder indirekt über Banken zu leihen. Er reagiert also mit einer *Kombination aus Sparen* (vorrangig in sozialen Bereichen sowie bei der Bildung) *und Verschulden* (bei Banken und Vermögenden).

Das ist ein schwerer Fehler. Er bewirkt, dass die deutsche Bevölkerung mehrheitlich seit Jahren *unter* ihren wirtschaftlichen Verhältnissen lebt. Außerdem befreit der sparende, sich verschuldende Staat die Vermögenden dadurch nicht nur von weiteren Steuerzahlungen. Sondern der sich verschul-

dende Staat befreit die Vermögenden gleichzeitig aus ihrem Anlagenotstand, hilft ihnen bei der Sicherung und leistungslosen Mehrung ihres Vermögens. *Denn die vertrauenswürdigen Schuldner bilden den Engpass auf den Finanzmärkten*; Kapital, das gewinnbringende Anlagen sucht, ist im Überfluss vorhanden.

Bester Schuldner aber ist und bleibt der Staat. Denn bei diesem Schuldner bürgen all seine Bürger für all seine Schulden. Die Existenz der Staatsbürger kann auch nicht wie die Existenz von Wirtschaftsunternehmen durch eine einfache Löschung im Handelsregister beendet werden. Außerdem wachsen die bürgenden Bürger ständig nach. Obendrein kann sich dieser Schuldner, der Staat, nicht ins Ausland absetzen, um sich seinen Zahlungsverpflichtungen zu entziehen. Für den vermögenden Geldbesitzer gilt deshalb: »Nicht nur ist die Armut des Staates sein Reichtum, sondern sie bietet ihm zugleich eine ideale Gelegenheit, diesen [Reichtum – AS] gewinnbringend zu investieren.« So WOLFGANG STREECK, Direktor emeritus am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.⁴ *Der arme Staat ist der Reichen Schatz.*

Wer nicht investiert, verliert: Austeritätspolitik und die Einheit von Sparen und Verschulden

Sparen (bzw. dasselbe, fachwissenschaftlich ausgedrückt: »Austeritätspolitik«) heißt hier, öffentliche Aufgaben, sprich öffentliche Investitionen in die Zukunft zu begrenzen, um privaten Reichtum zu schonen.

Verschulden heißt hier, ausgewählte, unabdingbare öffentliche Aufgaben, sprich Investitionen in öffentliche Güter der austeritär-sparsamen, einkommensarmen Haushaltsführung zum Trotz doch noch zu finanzieren, nämlich um den Wirtschafts- und Gesellschaftsbetrieb nicht sehenden Auges und insofern mutwillig zu gefährden. Sparen und Verschulden sind deshalb keine Gegensätze. Sondern die beiden ergänzen sich und treten regelmäßig als Paar auf – hier kommt zusammen, was zusammengehört. *Solche Sparpolitik treibt den Staat in die Schulden.* Zusätzlich eröffnet die Sparpolitik vermögenden Anlegern sichere Anlagemöglichkeiten, nicht zuletzt auch für ihre ersparten Steuern. Es geht also geradezu darum, *den Staat in die Schulden zu sparen.*⁵

Wenn und wo immer dagegen in der herrschenden, neoliberalen Wirtschaftspolitik Sparen ohne Verschulden auftritt, also solo und damit blind gegenüber den öffentlichen Aufgaben, wird es gar noch unwirtschaftlicher. So

derzeit in Deutschland: Die Schwarze Null des Bundeshaushalts wird damit erkauft, dass die Infrastruktur weiter verfällt – Brücken zum Beispiel (2.500 sind marode und 38.500 aktuell sanierungsbedürftig⁶) sowie tausende von Schulen und Hochschulen. Von der mangelhaften Personalausstattung der Schulen, der Polizei, der Justiz, der Ordnungsämter, all der kommunalen Behörden sowie der unterentwickelten digitalen Infrastruktur soll lediglich in einer Fußnote die Rede sein.⁷

Die Ausbildung unserer Jugend in überfüllten, maroden Klassen- und Hörsälen, die Straßensperrungen und Fahr einschränkungen des Personen- und Güterverkehrs oder eine überforderte Gerichtsbarkeit, zum Beispiel, kosten heute schon. Morgen kosten sie noch mehr: *Wer nicht investiert, verliert.*

Deutschland wird seit Jahren auf Verschleiß gefahren: In dieser Feststellung stimmen ausnahmsweise alle überein, die sich mit der Materie beschäftigen – vom etablierten Wirtschaftsforschungsinstitut bis zur örtlichen Handwerkskammer. Exemplarisch der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und Präsident der Handwerkskammer zu Köln, HANS PETER WOLLSEIFER: Es ist »keine Frage, dass wir Nachholbedarf bei Investitionen haben. Unsere Infrastruktur fahren wir vielfach auf Verschleiß, für Bildung sollte Geld ausgegeben werden, vor allem auch für die berufliche Bildung. Wenn der Staat hier mehr macht, ist das nicht nur gut für die Konjunktur und den Arbeitsmarkt, sondern auch für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.«⁸

Um es nochmals zu betonen: Bei den angemahnten staatlichen Investitionen geht es zunächst nicht um neue, um Erweiterungsinvestitionen, sondern es geht zunächst schlicht und einfach darum, den Verzehr der wirtschaftlichen Substanz, sprich den Verfall aufzuhalten. Zunächst geht es also lediglich um Ersatzinvestitionen. Muss der öffentliche Sektor verkümmern, damit die Schwarzen Nullen der öffentlichen Haushalte in jenen modrigen Tiefen verharren können, in denen sie seit Jahren gehalten werden?

Wenn die Einnahmen eh schon unzureichend sind, dann ist die Kombipackung aus Sparen und Verschulden vorteilhafter, genauer: weniger nachteilig als das einfache Sparpaket. Sparen & Verschulden ist also besser als ein schwarznulliches, »reines« Sparen allein. (Wobei in diesem Fall »besser« schlechter ist als gut; es ist lediglich besser als schlecht, also weiterhin unzureichend.)

Zwei grundverschiedene Schwarze Nullen: die aufgaben- und einnahmenbestimmte Null

Die Schwarze Null ist deshalb nur dann ein Zeichen guter Haushaltsführung, wenn das ausgeglichene Staatsbudget eine *aufgabengerechte Ausgabenhöhe* erreicht (»auf- bzw. ausgabenbestimmte Null«).

Eine »einnahmenbestimmte Null«, d. h. eine Schwarze Haushaltsnull, deren Lage einseitig von der Höhe der Staatseinnahmen bestimmt wird, ist dagegen nicht nur mangelhaft, sondern ungenügend, um es in Schulnoten auszudrücken. Die Aufgaben passen sich nun mal nicht an die Einnahmen an. Folglich ist es umgekehrt richtig: Die regulären Einnahmen des Staates müssen an seine Aufgaben und die dafür erforderlichen Ausgaben angepasst werden. Wie noch im Einzelnen darzustellen sein wird, ist diese Anpassung in einem reichen Land wie Deutschland über weite Strecken möglich, ohne dass irgendjemand zu Schaden kommt (weiter ausgeführt in → *Basics 2 ff.*). Eine permanente Schuldenfinanzierung dagegen kam selbst für den großen JOHN MAYNARD KEYNES, den Vater alles deficit spendings, nicht in Frage – führt sie doch auf Dauer in schwere wirtschaftliche und gesellschaftliche Turbulenzen (→ *Basics 4, 14*).

Aber immerhin: Die Vorteilhaftigkeit des Kombipacks aus Sparen und Verschulden im Vergleich zum reinen Sparen ist ersichtlich, auch wenn in der Rezession bereits gleichbleibende Schulden genügen, um die Schuldenquote des Landes zu erhöhen und seine Schuldentragfähigkeit zu senken. Solch tragische Schauspiele mit laufend wachsenden Schulden, wie sie dieser Tage in Griechenland und Italien, Spanien und Portugal, Irland und Belgien zur Auf-führung gelangen, werden an dieser Stelle jedoch nicht weiter verfolgt – zeigen sie letztlich doch nichts anderes als die eh schon erwiesene sowie von den Wählern instinktiv korrekt erfasste, grundsätzliche Überlegenheit der schuldenfreien Finanzierung staatlicher Aufgaben bzw. Ausgaben (→ *Basics 4, 10*).

Fazit: Über ausgabenbestimmte Steuern zu aufgabenberechtigter Steuerung

Der Unterschied zwischen der Ökonomie der schwäbischen Hausfrau und der des Staates besteht nicht darin, dass der Hausfrauen-Haushalt aus eigenen Einkünften auszugleichen ist und der Staatshaushalt nicht. Sondern der Unterschied besteht in der Frage, wie der Ausgleich herzustellen ist: durch Angleichung der Ausgaben an die Einnahmen oder umgekehrt. Sparen auf

Kosten von Investitionen insbesondere in öffentliche Güter, sich verschulden zugunsten von Investitionen oder investieren aus eigenen, nämlich Steuermitteln? So lautet die Frage beim Staat.

In der Verkennung der je besonderen, gegenläufigen Beziehungen zwischen Einnahmen und Ausgaben im Privathaushalt und beim Staat (wer bestimmt wen, $E \rightarrow A$ oder $E \leftarrow A$?) hat die verfehlte, austeritäre Politik des Sparens und Verschuldens ihren Ausgangspunkt; erst recht so die verfehlte Politik des reinen, schwarznuligen Sparens: Auch sie hat hier ihren Ausgangspunkt. Nicht, dass die Schuldenbremse eingehalten und der Staatshaushalt ausgeglichen wird, ist deshalb zu kritisieren, sondern gegebenenfalls sein Umfang: dass der Staatshaushalt zu klein geraten ist/dass die Null zu tief liegt, einseitig bestimmt von unzureichenden Einnahmen anstatt von den staatlichen Aufgaben und den dazu erforderlichen Ausgaben. Grundsätzlich, d. h. »im Normalbetrieb« braucht der Staat ausgabenbestimmte Steuern, um in die Lage zu kommen, die wirtschaftliche Entwicklung aufgabengerecht zu steuern. Für ihn lautet deshalb die Devise denkbar einfach: *Über ausgabenbestimmte Steuern zu aufgabengerechter Steuerung*. Besondere Notlagen wie Naturkatastrophen und Konjunkturreinbrüche bilden dazu jene Ausnahmen, welche die Regel periodisch bestätigen (\rightarrow Basics 12, 13).

Ausgeglichene Haushalte auf niedrigem Niveau, sprich tiefliegende, einkommensbestimmte Nullen, verschieben dagegen lediglich das Defizit aus dem Staatshaushalt in die Infrastruktur, die Bildung, die soziale und öffentliche Sicherheit – und manches mehr.⁹

Neben der ökonomischen bleibt dabei auch die soziale und politische Bedeutung guter öffentlicher Güter auf der Strecke. Körperliche und soziale Sicherheit, leistungsfähige Kinderbetreuungs-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, intakte Dienste, Notdienste und Infrastrukturen sind neben persönlichen Beziehungen die entscheidenden Gründe dafür, dass die Menschen in Skandinavien in internationalen Vergleichen regelmäßig als die meist entspannten, höchst zufriedenen, bestens mit ihren heimischen Gemeinschaften verbundenen, mit einem Wort: als die glücklichsten Gesellschaften dieser Welt abschneiden – allen Wettern und dem langen, dunklen nordischen Winter zum Trotz. Eine vergleichsweise hohe, sozial abgestimmte Besteuerung nehmen sie dafür einsichtig in Kauf. *Gute öffentliche Güter sind also verantwortlich für eine höchst bedeutsame Leistung: die Identifikation mit Kommune, Staat und Gesellschaft.*

Über diesen Sachverhalt sehen hartgesottene Vertreter der austeritären Sparpolitik regelmäßig mit gelassener Interessiertheit hinweg; wo immer möglich, folgen sie der althergebrachten Wiener Handlungsanweisung, die da lautet: Nicht mal ignorieren.

Anhang: Deutschland im internationalen Vergleich

a) Investitionsquoten 2003–2015

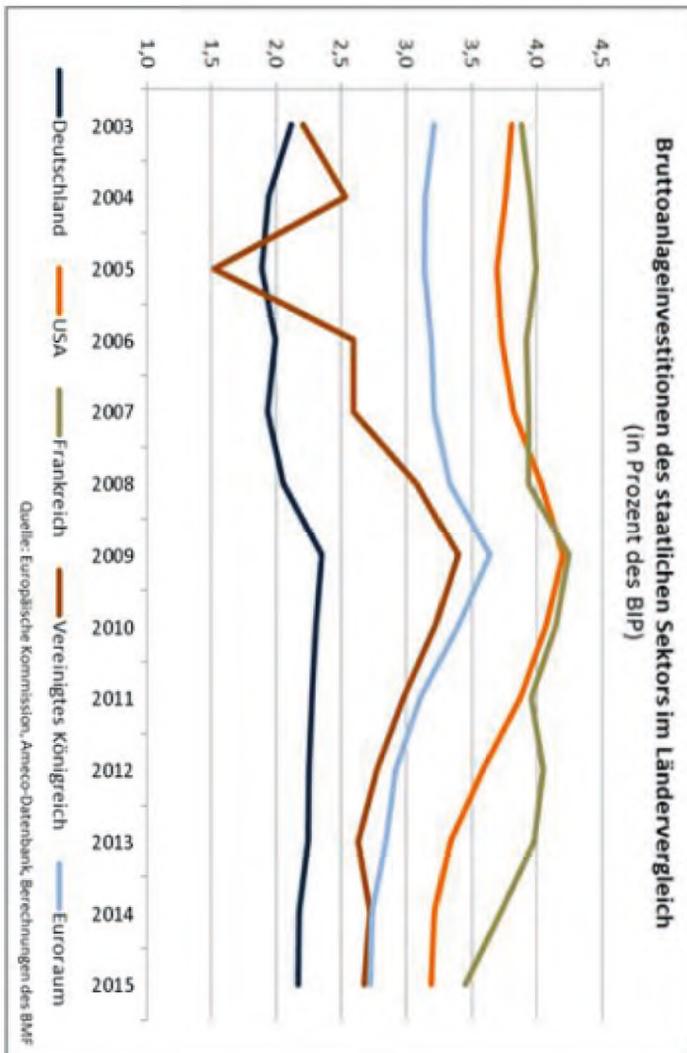


Abb. 1: Bruttoanlageinvestitionen

Der deutsche Staat spart sich seit Jahren seine Investitionen; mit weniger als 2,5 % Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt lebt er permanent von der Substanz. Das Vorhandene zu verwalten, erscheint zwar zunächst kostensparend, aber am Ende wird es richtig teuer – spätestens dann, wenn man feststellt, dass man vor einiger Zeit den Anschluss verpasst hat.

Mit etwas Abstand sind solche Sachverhalte übrigens besser zu erkennen. In der Schweiz z. B. hat man es schon bemerkt; unter der fetten Überschrift »Drittweltland Deutschland« vermerkt die Basler Zeitung (vom 18.8.2017) süffisant: »Die Schweiz täte gut daran, Deutschland künftig als Drittweltland einzustufen, insbesondere wenn es dort um Infrastruktur und Verkehrspolitik geht. Die Schweiz muss sich deshalb überlegen, ihr Entwicklungshilfebudget aufzustocken...«

b) Öffentlicher Dienst

Ausgaben für das Personal des öffentlichen Dienstes (in % des BIP): Deutschland im Vergleich zum skandinavischen und kontinentaleuropäischen Durchschnitt (ohne DE)					
	1995	2000	2005	2010	2016
Deutschland	8,7	8,2	7,9	7,9	7,5
Skandinavischer Durchschnitt (DK, FI, IS, NO, SE)	14,5	13,3	13,7	14,1	14,2
Kontinentaleuropäischer Durchschnitt (AT, BE, FR, NL, SL)	11,5	11,0	11,2	11,7	11,2
Darunter Österreich	11,8	11,0	10,9	11,1	10,7
Notwendige deutsche Mehrausgaben, um das jeweilige Referenzniveau zu erreichen (in Mrd. €)					
Skandinavisches Niveau	115,5	108,4	135,3	161,0	211,2
Kontinentaleuropäisches Niveau	57,1	50,1	75,5	98,6	117,2
Österreichisches Niveau	67,4	63,5	71,3	85,1	103,4
Quellen: (1) Personalausgaben: Eurostat, Staatseinnahmen, -ausgaben und Hauptaggregate [gov_10a_main]; Update vom 27.04.2017; (2) Bruttoinlandsprodukt in laufenden Preisen: Eurostat, GDP and main components (output, expenditure and income) [nama_10_gdp]; Update vom 16.06.2017					

Abb. 2: Ausgaben für das Personal des öffentlichen Dienstes
Entnommen: CORNELIA HEINTZE, Öffentlicher Dienst zwischen fortgesetzter Auszehrung und Renaissance, Manuskript 2017, S. 20. (Die Autorin war u. a. Lehrbeauftragte für Statistische Methoden an der Freien Universität Berlin sowie Stadtkämmerin in Delmenhorst.)

Weiterführende Bemerkungen und Belege zu Basic 1

- 1 Die Möglichkeiten zur Steigerung der Einnahmen sind im Privathaushalt jedenfalls eng begrenzt und werden größtenteils nicht vom Haushalt selber bestimmt, sondern von äußeren Umständen (offene Stellen, berufliche Fähigkeiten, familiäre Situation, Gesundheit, Alter u. a.).
- 2 JOSEPH STIGLITZ, Europa spart sich kaputt – Warum die Krisenpolitik gescheitert ist und der Euro einen Neustart braucht, München 2016, S. 262.
- 3 So ANGELA MERKEL auf dem Evangelischen Kirchentag, wie die Berliner Zeitung vom 14.II.2012 berichtet, sowie bei vielen, weiteren Gelegenheiten, namentlich auf dem Parteitag der CDU in Stuttgart 2009. Gleich zu Beginn ihrer vierten Amtsperiode stellt ihr frisch ernannter Wirtschaftsminister, PETER ALTMAYER, in einem seiner ersten Interviews in demselben Sinne unmissverständlich klar: Es gilt, »dauerhaft einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen, auf Steuererhöhungen zu verzichten und die Sozialabgaben unter 40 Prozent der Bruttolöhne zu halten.« (In: Der Spiegel vom 4.4.2018.)
- 4 WOLFGANG STREECK, Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, erweiterte Ausgabe, Frankfurt/M. 2015, S. 157.
- 5 Die Staatsschuldenquote der großen Industriestaaten ist unter der Herrschaft neoliberaler Sparsamkeit drastisch gestiegen: Der sparsame Staat wurde in die Verschuldung getrieben, Sparsamkeit und Verschuldung wurden in dieser Zeit zum Paar, wie die nachfolgende Tabelle zeigt:

Abb. 3: Entwicklung der Staatsschuldenquote 1975–2013
in Prozent des Bruttoinlandsproduktes

Land	Quote 1975	Quote 2013
USA	38	über 100
Deutschland	20	75
Großbritannien	20	80
Frankreich	18	knapp 100
Japan	30	240

Es war also gerade nicht die keynesianische Periode der Wirtschaftspolitik von den Nachkriegsjahren bis in die frühen 1970er, in der die Staatsverschuldung in den am weitesten entwickelten Staaten drastisch gestiegen ist, obwohl doch gerade in dieser Periode die hohen Ausgaben für den Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Infrastruktur sowie für die Wohlfahrt breiter Bevölkerungsschichten zu bewältigen waren. Sondern es ist die nachfolgende, neoliberal-austeritäre Periode der staatlichen Sparsamkeit, in der sich die Staaten flächendeckend drastisch verschulden – aus dieser Sparsamkeit erwächst Verschuldung; wie gesagt: Sparen und Verschulden kommen zueinander und werden zum Paar, zu Sparen & Verschulden. Der einfache, einsichtige Grund lautet: Die ausgabenfreudige keynesianische Wirtschaftspolitik hatte zum einen schlicht und einfach für entsprechende Einnahmen gesorgt, namentlich über progressive Besteuerung der Einkommen mit Sätzen bis über 90 % wie in den USA; zum anderen hatte diese Wirtschaftspolitik produktive Investitionen angeregt. Die nachfolgende, neoliberale Politik besorgt dagegen die fortschreitende

»Entlastung« von Unternehmen und Vermögenden. Damit regt sie Finanz- »Investitionen« an sowie, ab 1980, die Herausbildung einer eigenen Finanz- »Industrie« einschließlich der dazugehörigen Finanzmärkte; den zunehmend verschuldeten Staat treibt sie systematisch in die Hände seiner vermögenden Gläubiger. So gesehen, ist austeritäre Sparpolitik sogar nur unzureichend als ein »Sparen & Verschulden« zu begreifen.

Vielmehr ist diese Sparpolitik zu verstehen als ein »Sparen, um den Staat zu verschulden« und in die wirtschaftliche Ohnmacht zu treiben. Übrigens bedurfte es noch einer Reihe von Jahren, bis die anfangs libertären, zunehmend autoritär-populistischen Staatsverächter der US-amerikanischen Tea-Party-Bewegung dies offen als politisches Ziel verkündeten – »to starve the beast/das Monster auszuhungern« fördern sie seit 2009 lautstark und aggressiv.

Für weitere Ausführungen zu diesem Themenbereich siehe →*Basic 15; außerdem Basics 4 sowie 7–10.*

- 6 Gemäß Der Tagesspiegel vom 23.9.2016. MARCEL FRATZSCHER, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), hat errechnet: »Der Nettowert des Staatsvermögens, inklusive Straßen, Brücken, Land und anderer Infrastruktur, ist seit dem Jahr 2000 um fast 500 Milliarden Euro gesunken.« (MARCEL FRATZSCHER, Öffentliche Geldverbrennung, in: Handelsblatt vom 10.1.2017.) Die öffentlichen Investitionen hätten jedoch nicht nur auf unveränderter Höhe verweilen, sondern zusammen mit der wachsenden Wirtschaft steigen müssen, und zwar nach Angaben des DIW um etwa jenen Betrag, um den das öffentliche Vermögen gesunken ist; die öffentliche Investitionslücke beträgt demnach in Deutschland Ende 2016 rund eine Billion, sprich: 1.000 Milliarden Euro. FRIEDHELM HENGSBACH SJ, der Doyen der katholischen Wirtschafts- und Soziallehre, hat folgende Werte ermittelt: »Das öffentliche Nettovermögen, als »staatliches Reinvermögen« definiert, ist 1991 bis 2011 von knapp 800 Milliarden Euro auf 11,5 Milliarden Euro geschmolzen. Dieser Vermögensabbau ist verursacht durch eine rückläufige Investitionstätigkeit des Staates, den Wertverlust der öffentlichen Infrastruktur, den Verkauf öffentlichen Vermögens an Private, durch höhere Sozialausgaben und die Finanzierung des Aufbaus Ost. Dem Schrumpfen des öffentlichen Vermögens stehen die beträchtlichen Zuwächse des Nettovermögens der privaten Haushalte gegenüber... Öffentliche Armut korrespondiert mit einem exzessiv zugelassenen und geförderten privaten Reichtum.« (FRIEDHELM HENGSBACH, Teilen, nicht töten, 2. Aufl., Frankfurt/M. 2015, S. 26, Hervorhebung AS.)
- 7 Hier jedoch in exemplarischer Ausführlichkeit, damit einige Aspekte öffentlicher Armut in unserem reichen Land nicht nur als nackte Zahlen, sondern möglichst lebensnah-konkret erfassbar werden. Deshalb nachfolgend eine Passage mit Ausschnitten aus Hauptstadtmedien, jeweils innerhalb kurzer Zeitspannen zusammengetragen.

Rechtssystem: »Ein funktionierendes Rechtssystem ist nicht mehr vorhanden.« Diese Aussage bezieht sich nicht auf ein fernes Entwicklungsland, sondern auf Deutschland, und sie stammt vom Berliner Oberstaatsanwalt RALPH KNISEL (in: Abendschau des rbb-Fernsehens vom 17.10.2017). Demgemäß wurden 2016 z. B. vor Ort 5.600 Wirtschaftsstrafverfahren aus Personalmangel eingestellt. Das alleine sind 5.600 Fälle, in denen der Staat schulterzuckend hin-

nimmt, dass Täter strafflos und Geschädigte ohne Schadenersatz bleiben. »Statt Menschen werden Verfahren eingestellt, 70 Prozent der Taten kommen nicht vor Gericht. Die Einstellung ist die Methode der Wahl für einen Staats- oder Amtsanwalt, um sich zu entlasten und wenigstens die wichtigsten Sachen verfolgen zu können. Diese werden aber immer komplexer... Staatsanwälte sitzen zum Teil zu dritt in Einzelbüros... Zudem droht ein Nachwuchsproblem.« (Der Tagesspiegel vom 24.4.2018) Mangels Personals kann die Justiz kriminell erworbene Vermögen nicht einziehen: »Täter behalten die Beute.« (Ebd., 31.8.2018). Das Wort »Staatsversagen« findet schrittweise Eingang in den aktiven Wortschatz der Bürger. Dazu passt, dass kein einziger jener Banker, die mit hoher krimineller Energie Kollegen, Anleger und Aufsichtsbehörden im Rahmen der Eurokrise getäuscht und den deutschen Staat um mindestens 40 Milliarden Euro geschädigt haben, hinter Gitter gekommen ist – übrigens absurderweise im Gegensatz zu wiederholten Schwarzfahrern.

Bei Kapitalverbrechen wie Mord, Raub und Erpressung sieht es nicht besser aus: Die Vereinigung der Berliner Staatsanwälte und das Präsidium des Landgerichts informieren den Justizsenator schriftlich, dass »eine tat- und schuldangemessene Ahndung von Straftaten nicht mehr zu erwarten« ist, worauf der Angeschriebene in sonderbarer Logik zu beruhigen versucht: »Die räumlichen und personellen Probleme sind seit langem bekannt.« (Berliner Zeitung vom 23. sowie vom 24.10.2017)

Polizei: Und die vorgelagerte Instanz, die Polizei? Weil es nicht möglich ist, erforderliche Unterlagen in digitaler Form zu übermitteln, »müssen die Beamten eine Million Seiten Papier kopieren... Zudem müssen aus Datenschutzgründen Seite geschwärzt werden – per Hand, mit Tipp-Ex und Edding. Die Kollegen müssen teilweise noch Karteikarten schreiben... Bildlich gesprochen, schreiben unsere Ermittler mit Kreide an Höhlenwände«, vermerkt ein Vertreter vom Bund Deutscher Kriminalbeamter. (Berliner Zeitung vom 12.10.2017)

Es gelingt kaum noch, geeigneten Nachwuchs für die Polizei zu gewinnen: »In diesem Jahr musste die Bewerbungsfrist dreimal verlängert werden, weil sich nicht genügend geeignete Kandidaten fanden. Junge Leute mit Qualität gehen woanders hin«, berichtet der Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter der Berliner Zeitung (vom 4.11.2017). Was soll man tun, wenn zwei von drei Polizeischülern den Deutsch-Test nicht bestehen? Man schafft den Test ab (Der Tagesspiegel vom 26.6.2018). Das ist praktisch, denn an der – ohnehin schon skandalträchtigen – Berliner Polizei-Akademie fehlen aktuell 50 Lehrer (Tagesspiegel vom 26.6.2018). Die Berliner Zeitung ergänzt am selben Tag: »... es kommt zu massivem Unterrichtsausfall, die Unterbringung ist mangelhaft und das Einstellungsverfahren untauglich.«

»Die Polizei werde außerdem von kriminellen arabischen Clans und organisierter Kriminalität unterwandert. Davon weiß auch der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft zu berichten.« (Berliner Zeitung vom 7.11.2017) »Die Polizei kann sich nicht einmal selbst schützen – Schon wieder zwei Einbrüche auf Sicherstellungsgelände bekannt... Eine Unterwanderung der Polizei ist gar nicht notwendig, wenn jeder Kriminelle ohnehin in die Polizeigebäude hineinspazieren und sich an Daten und Beweismittel bedienen kann.« (Ebd., 15.11.2107).

GEORG SCHERTZ, Berliner Polizeipräsident a. D., hat die Mutter der Misere ermittelt: »Die Personalausstattung ist der Grund allen Übels.« (Ebd., 14.11.2017)

Schule: In Dresden, tief im Südosten der Republik, übernehmen Mütter den Unterricht: »Lehrer waren krank, es gab keinen Ersatz, alles brach zusammen. An manchen Schulen sind ein Drittel und mehr Quereinsteiger am Werk.« (Berliner Zeitung vom 13.11.2017) Aus Bremerhaven, hoch im Nordwesten, berichtet die taz ein paar Tage zuvor (am 4.11.2017), dass sich gleich mehrere Schulen wegen Lehrermangels gezwungen sehen, »für ganze Klassen den Unterricht an einem Wochentag komplett zu streichen«. Die gesetzliche Schulpflicht gilt offensichtlich nur noch für die Eltern; der Staat jedenfalls entbindet sich eigenmächtig von seiner ihm lästig gewordenen Pflicht. Rückbau in der »Bildungsrepublik Deutschland! Zwischen der Nordsee und dem Sachsenland liegt Berlin, die Hauptstadt. Dort sind es 56 %, die als nicht ausgebildete Seiteneinsteiger in den Grundschulen eingestellt werden; um die verbliebenen Fachpädagogen nicht auch noch zu verlieren, werden die Seiteneinsteiger obendrein ohne Anleitung an die schwierigen Schulen geschickt, die ausgebildeten Pädagogen dagegen in die eher unproblematischen. Das berichtet die Berliner Zeitung am 11.11.2017, rechtzeitig zum Auftakt der närrischen Saison. Mathematik-Unterricht bei einem Mathematik-Lehrer? In weniger als 50 % der Fälle, also eher die Ausnahme als die Regel. In anderen Fächern sieht's kaum besser aus. Dabei gilt schon jetzt: »84 Prozent der Befragten bezeichnen den Zustand der Berliner Schulen als schlecht bis sehr schlecht.« (Ebd., 17.11.2017) »Die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) warnt »mit großer Beunruhigung« vor den »unabsehbaren Folgen« des verstärkten Quereinstiegs im Grundschulbereich.« (Der Tagesspiegel vom 10.11.2017)

Als Konsequenz boomen Privatschulen; Reich und Arm gehen immer früher getrennte Wege. Im Übrigen fehlen an den Grundschulen laut Bertelsmann-Stiftung bundesweit 1,5 Millionen Ganztagesplätze. (Ebd., 14.11.2017) Die Berliner Schulverwaltung wirbt – kein Witz! – mit dem Spruch »Unterrichten statt Kellnern« um zusätzliche Lehrer. (Ebd., 9.6.2018, S. 1) Derweil verrotten Schulbauten; aufgebrachte Eltern fragen: »Wann und wie werden die bekannten, gravierenden Mängel beim Brand- und Arbeitsschutz behoben[...]? [...]Wann werden die hygienischen Mindeststandards zumindest in den Toilettenbereichen[...] gewährleistet?« (ebd., 22.6.2018) Infolge von Wasserschäden in diversen öffentlichen Gebäuden, darunter das Schulamt Mitte, sind die »Einschulungsakten für das kommende Schuljahr von Schimmel befallen und können deshalb nicht eingesehen werden«, den Eltern können deshalb keine Schulbescheide erteilt werden. (Ebd., 19.6.2018) Und die Hochschulen? Machen wir es kurz: »Berliner Universitäten sind marode.« (Ebd., 17.7.2018, S. 1)

So viel zu den Zuständen im Jahre zehn nach Ausrufung der »Bildungsrepublik Deutschland« durch die deutsche Bundeskanzlerin (auf der Dresdner Bildungskonferenz).

Erziehung/Altenpflege/Ärzte: »Die Kita-Not in den Innenstadt-Bezirken ist groß«, außerdem beschäftigen Berliner Kitas »zu wenig Erzieher und unterlaufen damit den offiziell festgelegten Betreuungsschlüssel. [...] Ein Erzieher muss deshalb deutlich mehr Kinder betreuen, oft müssen Gruppen zusammengelegt werden.« (Ebd., vom 9.6.2018) »Dem kürzlich verabschiedeten Nationalen Bil-

dungsbericht zufolge fehlen bis 2025 deutschlandweit etwa 300.000 (! AS) Erzieher.« (Ebd., vom 28.6.2018)

Auf Jugendämtern müssen Hilfesuchende mitunter ein geschlagenes Jahr auf einen Termin warten, der alsdann jedoch durchaus kurzfristig wieder abgesagt werden kann wegen plötzlicher »personeller Engpässe«. Mitarbeiter von Berliner Jugendämtern haben schon weiße Bettlaken als Zeichen der Kapitulation und Überlastung aus ihren Amtsfenstern gehängt; daraufhin wurden die Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr verkürzt. Eine Jugendamts-Mitarbeiterin klagt: »Wenn eine Kinderschutzmeldung kommt, können wir ihr oft erst nach Tagen oder sogar Wochen vor Ort nachgehen. Dabei muss man eigentlich direkt nach der Meldung hinfahren, im schlimmsten Fall kommt ein Kind ernsthaft zu Schaden. Auch bei Prozessen vor Gericht kommen [gemeint: erscheinen, AS] wir trotz Anwesenheitspflicht kaum noch [...]« (Ebd., vom 12.7.2018) Schutz des Kindeswohls? Befolgung gerichtlicher Anordnungen? Selbstverständlich, es sei denn, das kostet Geld und/oder Zeit.

Altenpflege? Erschreckend! Der Tagesspiegel titelt: »UN besorgt über Pflege in Deutschland – Sozialrat der Vereinten Nationen sieht Defizite bei sozialen Menschenrechten« (21.12.2018). Währenddessen zeichnet sich auch ein großflächiger Ärztemangel aufgrund unzureichender Medizin-Studienplätze ab; Ärzte aus dem Ausland, gerne übrigens aus Entwicklungsländern, werden zu Lasten der dortigen Versorgung abgeworben. Aber es reicht nicht: »Manchmal müssen Rettungswagen in Berlin an vier bis fünf Krankenhäusern vorbeifahren, weil es dort keine freien Kapazitäten mehr gibt.« Mehrere Patienten haben solche Stadtrundfahrten nicht überlebt. (Berliner Zeitung vom 16.3.2018)

Kultur: »Zahlreiche Kulturstätten der Hauptstadt sind vom Verfall bedroht. Darunter die Berliner Philharmonie, der Friedrichstadtpalast, das Stadtmuseum, die Volksbühne, das Konzerthaus und die Gedenkbibliothek«, berichtet Der Tagesspiegel (am 27.7.2017) und fährt fort: Benötigt werden 435 Millionen Euro, im Haushalt sind 20 vorhanden; damit werden »kurzfristige Probleme behoben, etwa nach starken Regenfällen«; des Weiteren wurden davon »die Kronleuchter im großen Saal des Konzerthauses saniert und wieder aufgehängt.« Recht so: Auch wieder aufhängen, wenn's saniert ist!

Behörden: Sie sind chronisch unterbesetzt; Sanierungsaufträge können oft selbst dann nicht vergeben werden, wenn die Mittel bereitstehen, weil das Personal für die Auftragsvergabe fehlt. »Lediglich 18 Prozent der verfügbaren Mittel konnten abgerufen werden«, meldet die Berliner Zeitung am 21.6.2018. Die jahrzehntelange Unterbesetzung im öffentlichen Dienst hinterlässt tiefe Spuren, und zwar nicht nur bei der Auftragsvergabe. *Besonders betroffen: die Steuerfahndung* (→Basic 10)! Die beiden *Tabellen* im Anhang von Basic 1 zeigen, wie weit Deutschland als verlässlicher Träger der roten Laterne dem internationalen Standard hinterherhinkt. Soweit der Schnelldurchgang zu exemplarischen Aspekten *staatlichen Versagens im Zeichen eines einnahmenbestimmten, schwarznuligen Sparens*.

Perspektiven einer Politik der einnahmenbestimmten Haushaltsführung: Die Missstände breiten sich schleichend aus und die Menschen gewöhnen sich zunächst schleichend an die Zustände – bis dann irgendwann der berühmte Tropfen kommt, der das Fass zum Überlaufen bringt. Dann werden brave Mitbürger

plötzlich scharen-, womöglich massenweise zu Wutbürgern, und treue Wähler der Mitte verwandeln sich in aggressive Systemverächter – das wohlvertraute Parteienspektrum erodiert, die ständig zunehmende Quantität schlägt um in eine neue Qualität. Dass Wutbürger ihren Zorn nicht gegen hochkomplexe Systeme und Strukturen richten, sondern gegen Naheliegendes, leicht Verständliches, vorzugsweise gegen personalisierbare, vermeintliche oder tatsächliche Quellen ihres Übels wie z. B. Migranten, liegt in der Natur der Sache.

Für den besagten Überlauf-Tropfen allerdings gilt, dass weder der Ort noch der Zeitpunkt seines Auftretens vorab exakt bestimmt werden können. *Alarmierend ist die Entwicklung deshalb jedoch umso mehr.*

(Zur Prognostizierbarkeit sowie zur plötzlichen Dynamik sozioökonomischer Entwicklungen s. → *Basic 16.*)

- 8 HANS PETER WOLLSEIFER, »Uns ist jeder willkommen, der sich engagieren möchte«, in: Berliner Zeitung vom 19.8.2017, S. 6.
- 9 Übrigens kommt dieser Tage schon eine Institution wie die Bertelsmann-Stiftung (in ihrer Studie zur Höhe öffentlicher Investitionen vom 6.2.2017) zu dem Ergebnis, der Staat dürfe keineswegs nur zur sparsamen, ausgeglichenen Haushaltsführung gesetzlich verpflichtet werden, sondern auch zu ausreichenden Investitionen. Bemerkenswert ist daran, dass auch eine solche Institution ein Sparen, um sich zu verschulden, als Gefahr benennt und die Abkehr vom einkommenbestimmten, schwarznuligen »reinen« Sparen in Verbindung mit einer Verpflichtung zur auf- bzw. ausgabenbestimmten Schwarzen Null fordert – ohne allerdings die vorliegende, klare Begrifflichkeit zu verwenden sowie ohne zu veraten, woher die zusätzlichen Einnahmen kommen sollen, die für die angemahnten Investitionen benötigt werden: Das Wort »Steuern« meiden die Stiftungsleute aus Gütersloh wie der Teufel das Weihwasser.

BASIC 2

Sind Steuern »Gift für die Wirtschaft«? Und was stimuliert den Wirtschaftskreislauf?

»Steuern sind Gift!« So hört man es immer wieder, landauf, landab. Dadurch wird es nicht richtig.

Die sofortige Wandlung von Staatseinnahmen in Staatsausgaben

Der moderne Staat gibt umgehend aus, was er einnimmt. Gewöhnlich sogar noch ein bisschen mehr. Auf seine Ausgaben ist Verlass, auch in Zeiten der Schuldenbremse. Allenfalls hindert ihn sein chronischer Mangel an qualifiziertem Personal vorübergehend daran, verfügbare Mittel umgehend auszugeben. Aber das holt er nach.

Folglich geht dem Wirtschaftskreislauf durch Steuern grundsätzlich keine Kaufkraft verloren. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wird durch Steuereinnahmen lediglich in Maßen verschoben – weg von privaten hin zu öffentlichen Gütern und Leistungen. In Anbetracht der eklatanten Unterversorgung mit öffentlichen Gütern und Leistungen ist eine solche Umschichtung, für sich genommen, alles andere als ein Drama. Sie ist vielmehr dringend geboten, und zwar aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen gleichermaßen – seit Jahrzehnten schon leiden wir unter *öffentlicher Armut trotz privaten Reichtums*; an den teilweise jämmerlichen Zustand der öffentlichen Dienste und Einrichtungen (→ *Basic 1*) haben wir uns schon fast gewöhnt.

Steuern im Wirtschaftskreislauf: zwei grundverschiedene Fälle

Betrachtet man Steuern im Wirtschaftskreislauf näher, so sind zwei Fälle zu unterscheiden.

Fall 1. Die Steuern belasten die Geringverdienenden. In diesem Fall sinkt zwar deren Nachfrage nach privaten Gütern und Leistungen (die Unvermögenden *wollen zwar noch konsumieren, aber sie können nicht mehr*). Jedoch:

An die Stelle ihrer ausfallenden, privaten Nachfrage nach privaten Gütern tritt staatliche Nachfrage nach öffentlichen Gütern wie z. B. Bildung, Straßennetz, Sicherheit. Unter dem Strich geht dem Wirtschaftskreislauf dadurch kein Cent verloren. Allerdings *finanzieren* in diesem Fall *die Unvermögenden die öffentlichen Güter*, also diejenigen, die es am wenigsten vermögen.

Fall 2. Die Steuern belasten die Vermögenden. Deren Nachfrage sinkt nicht, die Vermögenden können und werden immer noch konsumieren, soviel sie wollen: Steuern berühren lediglich den Stand ihres Vermögens. Sie berühren nicht ihr Leben. MARTIN WINTERKORN etwa, der Ex-VW-Chef und mit rund 1,5 Millionen Euro Monatsgehalt ein Spitzenverdiener, sowie Erbinnen wie SUSANNE KLATTEN, die Großaktionärin aus der Quandt-Dynastie, werden nicht deshalb auf ein zweites Frühstücksei, ein drittes Auto oder ein viertes Ferienhaus verzichten, weil ihre Steuern erhöht worden sind. Andererseits leisten sie sich kein zusätzliches Ei, Auto oder Haus, wenn ihre Steuern gesenkt werden. Denn sie *können zwar noch konsumieren, aber sie wollen nicht mehr*. Wie gesagt: *Steuern berühren ihr Konto, nicht ihr Leben.*¹

Der Multiplikatoreffekt des ausgeglichenen Haushalts: Steuern als Medizin

Folglich gilt: Im zweiten Fall erhöht die zusätzliche staatliche Nachfrage die gesamtwirtschaftliche Nachfrage; die deflatorische Lücke, der »letzte Grund« aller Schwächen des Wirtschaftskreislaufs, schwindet (ausführlich: → *Basic 12*).

Hier genügt die Feststellung, dass *Steuern für Vermögende Mittel, die dem realwirtschaftlichen Kreislauf entzogen waren, dem realwirtschaftlichen Kreislauf wieder zuführen*. Auf diese Weise wird verhindert, dass dieses Geld in den Finanzsektor abfließt und für Zwecke der Spekulation eingesetzt wird (ausführlich: → *Basic 15*).

Solche Steuern stärken demnach die Konjunktur und die Wirtschaft. Sie sind *Medizin für den Wirtschaftskreislauf*, nicht Gift; mit Hilfe dieser Steuern wird dem Kreislauf gewissermaßen Eigenblut zugeführt. JOSEPH STIGLITZ drückt den Zusammenhang wie folgt in reiner, bildloser Sachlichkeit aus: »Wenn man eine Steuer einführt und die daraus resultierenden Einnahmen ausgibt, [...] wächst die Wirtschaft. Der konjunkturanregende (expansive) Effekt der Ausgaben ist größer als der konjunkturdämpfende (kontraktive) Effekt der Steuer. Und werden die Ausgabenbereiche gut gewählt – z. B. das Bildungswesen, nicht das Militär – und ebenso die Steuern – zum Beispiel auf

Vermögende –, dann kann der »Multiplikatoreffekt des ausgeglichenen Haushaltes« groß sein.«²

Solange der Staat auf die Zufuhr entsprechender Steuermittel verzichtet, bleibt ihm nur folgende Wahl:

- entweder die *laufende Hinnahme von Kreislaufschwächen* in Gestalt von chronischen und periodischen Wirtschaftskrisen (ausführlich: →*Basic 12 f.*) oder
- die Zufuhr von fremdem Blut, sprich: die Kreditaufnahme, also *Verschuldung*, oder
- die *Flucht in ständige Exportüberschüsse* (ausführlich: →*Basic 14*) oder
- eine *Kombination* aus alledem: der aktuelle, deutsche Fall.

Nachteile unterlassener Besteuerung

Gegenüber der Zufuhr von Eigenmitteln durch leistungsfähigkeitsgerechte Besteuerung ist die zuletzt genannte Operation, die Verschuldung, Gift für den Kreislauf. Sie hat schwere Schädigungen zur Folge. Zwei seien genannt:

1. Die Mittelzufuhr aus Verschuldung ist nicht nachhaltig. Es müssen nämlich, sofern und soweit eine direkte oder indirekte Staatsfinanzierung über die Notenbank ausgeschlossen wird (→*Basic 4*), dem Wirtschaftskreislauf laufend Werte wieder entzogen werden für die Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Kredite, um sie den vermögenden Kreditgebern zuzuführen: Die Schulden von heute sind die gesteuerte Umverteilung von heute und morgen – sowie von übermorgen, sofern die Schulden über neue Verschuldung und/oder andauerndes Wachstum (bzw. gezielte Inflation) »getilgt« werden (→*Basic 4/Exkurs 4*).

Ein solches Wachstum um der Schulden willen ist nicht nur ökologisch ein Unding. Vielmehr verschärfen beide, Wachstum und schuldbedingte, gesteuerte Umverteilung, die deflatorische Lücke (→*Basic 12*), verschärfen also genau das Problem wieder, welches durch die Kreditaufnahme entschärft worden war. Zusätzlich sinkt die »Schuldentragfähigkeit« des Staates: Die Lösung hat keinen Bestand, sondern wird zum Problem. Wie noch zu zeigen sein wird, finanzieren sich die Werte, die dem Wirtschaftskreislauf für die Bedienung der Kredite entzogen werden, nämlich keineswegs regelmäßig selber über kreditinduzierte staatliche Mehreinnahmen – Staatskredite wirken anders als Unternehmenskredite (→*Basic 4*).

2. Der Staat begibt sich ohne Not in die Abhängigkeit der Fremdblutspender, spricht: der Kreditgeber bzw. der »Finanzmärkte«, wie es so schön anonymisierend heißt. Ratingagenturen, obwohl in privatem Eigentum befindlich und diesem verpflichtet, bringen ganze Regierungen reihenweise zu Fall (bislang in der EU z. B.: die irische, portugiesische, spanische, griechische, slowakische, slowenische, rumänische, belgische, litauische, lettische, zyprische...). In Italien reichte sogar die bloße Drohung, die staatliche Kreditwürdigkeit werde herabgestuft, um BERLUSCONI von heute auf morgen aus dem Amt des Ministerpräsidenten zu vertreiben – *es war das verlorene Tripel-A, nicht Bunga-Bunga und die Mafia!* (Dass weite Teile der Bevölkerung zuvor jahrelang gegen diese Karikatur eines Staatsmannes Sturm gelaufen waren, war dagegen von durchschlagender Wirkungslosigkeit.)

Aktuelle Wirtschaftspolitik und ihre Folgen

Bedauerlicherweise verzichtet jedoch nicht nur der deutsche Staat permanent darauf, das gute und preiswerte Stärkungsmittel, die leistungsgerechte Besteuerung, einzusetzen. Stattdessen greift er beständig zur teuren, schlechten Wirkstoffkombination, der Verschuldung und dem einseitigen Sparen. Ein Grund dafür lautet: Angesichts der vorherrschenden wirtschafts- und steuerepolitischen Ahnungslosigkeit weitester Wählerkreise sind Sparen und Verschulden für Politiker gleich welcher Couleur schlichtweg einfacher erhältlich als Mehrheiten für die Erhöhung *bestimmter* Steuern. Von der ständigen Versuchung zu Steuersenkungsversprechen vor Wahlen soll erst gar nicht die Rede sein.

Ein weiterer Nachteil unterlassener Besteuerung: In Deutschland zum Beispiel sind die Haushaltsnettoeinkommen des obersten Zehntels von 1999 bis 2007 um 14,5 % gestiegen, und zwar *nach* Steuern. Das unterste Zehntel verlor währenddessen 8,7 %. Im Zuge der Finanzkrise von 2008 ff. hat sich diese Entwicklung sogar noch dramatisch verschärft: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer zahlreicher. Die Bewertungsgewinne der Vermögensbesitzer im Gefolge der seitherigen, ultra-lockeren Geldpolitik etwa sind »spektakulär« (MARCEL FRATZSCHER³); das Vermögen speziell der hiesigen Milliardäre hat sich seit dem Ausbruch der Finanzkrise verdreifacht (Stand 2016). Gleichzeitig erhalten Durchschnittsverdiener inflationsbereinigt weniger als noch zur Jahrtausendwende.

Diese Polarisierung, die das gesellschaftliche Gefüge zersetzt, ist im Übrigen keine deutsche Spezialität, sondern weltweit überall dort zu beobachten, wo sich reiche Staaten verschulden. Führend in dieser Entwicklung sind, wie so oft, die USA. JOSEF STIGLITZ zufolge ist das mittlere Einkommen eines männlichen Vollzeitbeschäftigten dort heute niedriger als vor 42 Jahren; in demselben Zeitraum hat sich die Wirtschaftsleistung fast versechsfacht.⁴

Folglich gilt: Auf seinem Weg in die verschuldete Enthaltbarkeit schürt der verarmte, abgemagerte (»schlanke«) Staat die sozialen Spannungen, namentlich die von morgen. Kommenden Generationen vererbt er nämlich nicht nur Rückzahlungs- und Zinsverpflichtungen, also Schulden, sondern auch Rückzahlungs- und Zinsansprüche in exakt derselben Höhe, also Vermögen: Den Schuldenbergen entsprechen centgenau riesige, rechtsverbindlich vereinbarte staatliche Umverteilungsprozesse – weg von den Steuer- und Gebührenlastträgern, hin zu den vermögenden Staatsanleihe-Zeichnern. Nicht nur, dass die Schulden von heute grundsätzlich die Steuern von morgen sind. Sondern die Schulden der einen, der Staatsbürger, sind das Vermögen der anderen, der Staatsgläubiger; gesamtwirtschaftlich gilt:

Vermögen = Schulden sowie

Zinsaufwand = Zinsertrag (gezahlte Zinsen gleich erhaltene Zinsen).

Auch dazu später mehr (→ *Basics 4, Exkurs 4*).

Die unterschätzte Last der Schulden

Hier sei lediglich abschließend erwähnt, dass – zumal in Anbetracht der derzeit niedrigen Zinssätze – die kumulierte Last der Schuldenberge in den verschiedenen öffentlichen Haushalten (Gebietskörperschaften, Parafisci und Sondervermögen) systematisch unterschätzt wird. Für Deutschland wird sie überwiegend mit über zwei Billionen Euro beziffert (Stand 2017).

Für die *Dienstbarkeiten*, die aus den Schulden erwachsen, gilt dasselbe; sie werden sogar regelmäßig schlicht und einfach übersehen bzw. ignoriert. Der Schuldendienst konfisziert jedoch nicht nur einen großen Teil der staatlichen Einnahmen. Sondern er verhindert naturgemäß zugleich entsprechende Ausgaben, verhindert Investitionen zugunsten der Gesellschaft, darunter vor allem zugunsten ihrer ärmeren Teile, jener Teile, die besonders auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Im Ergebnis werden die sozialen Spannungen weiter vorangetrieben.

Steuerfinanzierte staatliche Ausgaben dagegen, die entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bemessen werden, stärken den Wirtschaftskreislauf wie eine Medizin, und zwar regelmäßig ohne die beschriebenen sozio-ökonomischen Nebenwirkungen und Folgen. Außerdem entsprechen sie den Vorgaben des Grundgesetzes (Artikel 20, Absatz 1) und entsprechenden Vorschriften in den Verfassungen der Bundesländer.

Zusätzlich entsprechen sie den Geboten politischer Vernunft. Denn die Privatvermögen in den reichen Ländern, also auch in Deutschland, sind mindestens dreimal so groß wie die Staatsschulden.⁵ Es war übrigens eine der führenden, privatwirtschaftlichen Unternehmensberatungen, die BOSTON CONSULT, die 2013 angesichts eben dieses Größenverhältnisses von mindestens drei zu eins darauf hinwies, dass die gesamten europäischen Staatsschulden mit einer einmaligen, 30-prozentigen Abgabe auf die großen europäischen Privatvermögen auf einen Schlag getilgt werden können.⁶

Fazit

Fürs Erste genügt es festzuhalten: Eine zügige Tilgung unserer Staatsschulden sowie ein Verzicht auf neuerliche Kreditfinanzierungen der Staatsaufgaben stellen kein quantitatives ökonomisches Problem dar, sondern ein politisches. Dabei sind Tilgung und künftige, grundsätzliche Steuerfinanzierung von den Vermögenden regelmäßig ohne Verlust an Lebensqualität zu verkraften.

Allgemein gilt bekanntlich: Man muss nicht alles haben, um reich zu sein; es genügt, dass nichts fehlt.

Weiterführende Bemerkungen und Belege zu Basic 2

- 1 Für vermögende Unternehmen gilt prinzipiell dasselbe: Sie sitzen auf ihren angehäuften Gewinnen und wissen nicht wohin damit. Bei Apple beispielsweise sind es wohl rund 250 Milliarden US-Dollar. Ihre Investitionsentscheidungen fällen die Unternehmensleiter in Abhängigkeit von künftig zu erwartenden Gewinnen; der jeweilige Steueranteil daran ist keine entscheidende Größe, zumal er als Anteil in festem Verhältnis an die Gewinne gekoppelt ist, die Gewinne folglich niemals aufzehrt. Sind in näherer Zukunft mangels absehbarer Nachfrage keine nennenswerten Gewinne zu erwarten, so werden die Unternehmensleiter, statt zu investieren, die Dividenden, also die Gewinnausschüttungen an die Unternehmenseigentümer, erhöhen; oder sie werden eigene Aktien zurückkaufen, um den Kurs in die Höhe zu treiben, oder in sonstige Finanzanlagen ausweichen – oder schlicht abwarten (mehr dazu: → *Basic 15 sowie Abschnitt D*).

Im Übrigen gilt: Unternehmen gehören Personen; Unternehmensgewinne und Unternehmensvermögen schlagen sich letztlich immer als Gewinne und Vermögen derjenigen Personen nieder, denen die Unternehmen gehören. Damit schließt sich der Kreis, denn für diese Personen gilt von einem bestimmten Punkt an das zuvor Gesagte wieder unmittelbar: Steuern berühren ihr Konto, aber nicht ihr Leben.

- 2 JOSEPH STIGLITZ, Europa spart sich kaputt – Warum die Krisenpolitik gescheitert ist und der Euro einen Neustart braucht, München 2015, S. 238 f., Hervorhebung AS. »Multiplikatoreffekt« bedeutet im vorliegenden Zusammenhang, dass eine steuerfinanzierte Ausgabe von einem Euro eine Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes um mehr als einen Euro zur Folge hat.
In der öffentlichen Diskussion ist dagegen oft die Rede davon, dass Steuersenkungen zu mehr Wachstum führen und dem Staat am Ende höhere Steuereinnahmen bescheren. *Steuersenkungen* also sollen es sein, denen ein Multiplikatoreffekt innewohnt. Leider ist eine derartige Entwicklung »in der Realität jedoch äußerst selten dokumentiert«, kommentiert VICTOR GASPARD vom Internationalen Währungsfonds (IWF) diese Vorstellung höflich, aber bestimmt. (Berliner Zeitung, 27.10.2017, S. 5) In Deutschland beispielsweise haben sich die Unternehmensgewinne seit Mitte der neunziger Jahre verdoppelt, die Nettoinvestitionen hingegen sind gefallen: nichts da mit Wachstumsschub und Steuerermehreinnahmen. Eine detaillierte Betrachtung dieses Fragenkomplexes erfolgt in →*Basic 4*.
- 3 So MARCEL FRATZSCHER in der Berliner Zeitung vom 18.04.2015, S. 10.
- 4 S. STEFAN KAUFMANN, Trumps Luftschlösser, in: Berliner Zeitung vom 1.11.2016.
- 5 So nachzulesen z. B. in der Berliner Zeitung vom 15.10.2016.
- 6 DANIEL STELTER, Boston Consulting Group, fordert Schuldenschnitt und Vermögensabgabe – Erklärung vom 20.4.2013, www.diapod.de/cms/?m=20130421.